



Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

TAUNUS ECHO

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei / Hochtaunus

Nummer 1, 27. Jahrgang, Februar/März 2005

Faschismus ist keine Meinung!

... Sondern ein Verbrechen.

Dieser Artikel ist dem Friedrichsdorfer Bürgermeister Horst Burghardt gewidmet. Er ist noch immer der Meinung, dass es in Friedrichsdorf keine bzw. kaum Neonazis gibt. Neofaschismus ist überall bemerkbar auch hier im Hochtaunus und vor allem in Friedrichsdorf.

Am 7. Dezember gab es im Bürgerhaus Köppern eine DGB Veranstaltung zum Thema Neofaschismus. Erster Referent war der Journalist Lorenz Knorr der über die Kontinuität des Neofaschismus berichtete. Als zweiter Referent berichtete der Kreisvorsitzende der DKP Hochtaunus Thomas Knecht über die neofaschistische Szene im Hochtaunus. Schon nach fünf Minuten, betrat eine etwa 10-köpfige Bande von Neofaschisten den Raum. Nach geraumer Zeit, ließ sich eines dieser Subjekte dazu hinreißen, den Holocaust vier mal mit u.a. folgenden Worten zu leugnen: „Ich kann nicht leugnen, was nicht geschehen ist“. Dann endlich wurde die Gruppe des Saales verwiesen. Eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung läuft, wir werden berichten. Diese Nazis kamen nicht nur aus dem Hochtaunus. So sieht man, wie sie untereinander Vernetzt sind. Unter diesen 10 waren z.B. auch Leute aus dem Main Kinzig Kreis, aus der sogenannten „Nationalen Wohngemeinschaft Nidderau Heldenbergen“. Diese „Nationale WG“ gehört wie auch die Friedrichsdorfer und Bad Homburger Nazis zur Gruppe „Freie Nationalisten Rhein – Main“. Diese Gruppe betreibt einen ausgiebigen Demo Tourismus, beteiligte sich nach unseren Erkenntnissen an Wehrsportübungen im Raum Kirtorf und im Raum Würzburg und steht in Verbindung zu mindestens 10 gewaltbereiten Gruppen. Darunter die Kameradschaft Süd, Division 28 Deutschland (Nachfolgegruppe der im September 2001 ver-



Solche Deppen gibt es auch in Friedrichsdorf, Herr Burghardt

botenen Organisation „Blood and Hounor“) aber auch der in der Tradition der „SS“ stehenden Gruppe „Schwarze Division Germania“. Auch aus diesen Gründen gehen wir davon aus, dass die Ursache des Brands der Moschee in Usingen in diesen Reihen zu suchen ist. Der Brand war am 23.12.2004 in der Moschee ausgebrochen und ist nach Einschätzung des LKA vorsätzlich gelegt worden. Der Sachschaden beträgt ersten Schätzungen zufolge rund 50 000 Euro. Das Feuer brach in einem Gebetsraum im ersten Obergeschoss der Moschee aus. Verletzt wurde niemand bei dem Feuer, das nach rund einer Stunde gelöscht werden konnte. Die Moschee gehört zur Ahmadiyya-Glaubensgemeinschaft und wurde erst vor wenigen Monaten fertiggestellt. Auch wenn das LKA von einem Einzeltäter ausgeht, gehen wir bei

diesem Terrorakt von einem Neofaschistischen Verbrechen aus, das gleichzusetzen mit dem Brandanschlag auf das Haus eines Köpperner Jugendlichen in der Nacht zum 1. Mai 2004. Bürgermeister Horst Burghardt von den Grünen stellt sich Blind und Taub mehrere Stufen weiter geht der ehemalige Vorgesetzte der deutschen Regierung, der ehemalige Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski. Er bläst mal wieder in ein Horn, dass die deutsche Wirtschaft wieder in ein erschreckendes aber typisches Bild setzt. Michael Rogowski sieht keinen Anlass, die Wahlerfolge neofaschistischer Parteien in Deutschland „überzubewerten“. Wie der ex BDI-Präsident erklärte, halte er hingegen die Wahlerfolge der Linken für eine viel größere Gefahr. Damit verplappert sich zum ersten Mal einer der einflussreichsten Wirtschaftsfunktionäre, ein Wiedererstarken des Faschismus in Deutschland für nachrangig und den Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte zur Priorität. Rogowski zeigt mal wieder, wer von Faschismus redet, darf über den Kapitalismus nicht schweigen. Denn der Faschismus ist ein Kind des Imperialismus, genau so wie die sogenannte bürgerliche Demokratie. Wenn diese Staatsform nicht mehr genug Profit abwirft, dann wird die Industrie nicht davor zurückschrecken, auf das „altbewährte“ zurückzugreifen. **Nur der entwickelte Sozialistische Staat, schützt vor dem Faschismus.**

Neues von der Redaktion



In Ausgabe 6. 2004 haben wir es leider vergessen. Aus diesem Grund holen wir es in dieser Ausgabe nach.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein gutes, erfolgreiches und kämpferisches 2005
Redaktion Taunus Echo und DKP Hochtaunus Rotfront!

Inhalt:

- Seite 1: Faschismus ist keine Meinung, neues von der Redaktion
- Seite 2: Ausbilden statt Ausbeuten, Lidl schweigt, Widerstand 2004
- Seite 3: Hartz IV und die Folgen, Aktionen und Termine, Historisches, Kommunisten im Taunus
- Seite 4: Afghanistan, Kommentar, Freiheit für Milosevic, Neues aus den Kolonien, hessische Verfassung umsetzen
- Seite 5: LLL Demo, Ruhrkamp 2005, Kultur
- Seite 6: BDK, Leserbrief, Jugendarbeit
- Seite 7: Werbung
- Seite 8: JuZ Köppern, Solidarität mit Falko

Lidl schweigt

Nach der Veröffentlichung des „Schwarzbuch Lidl“, in dem die Gewerkschaft Ver.di, Recherchen der vergangenen Jahre gesammelt sind, sah man sich am Firmensitz im badenwürttembergischen Neckarsulm schließlich doch zu einer Reaktion genötigt.

„Wir empfinden dies als ausgesprochene Diskriminierung und als Diffamierungskampagne“, schreibt das Unternehmen in einer Pressemitteilung. Ansonsten hat sich jedoch wenig an der Informationspolitik des Konzerns geändert. Denn außer den allgemeinen Erklärungen beharrt das Unternehmen weiter auf eisigem Schweigen. Zwar hat mittlerweile eine PR-Agentur im bayrischen Gauting die Pressearbeit übernommen, doch zu konkreten Vorwürfen nimmt man auch dort nicht Stellung. „Da

weiß ich nichts davon“, wiederholt Sprecher Andreas Voelmlé immer wieder, außerdem sei es „schwierig, sich zu anonymen Beschuldigten zu äußern. Der Autor Andreas Hamann und die Co-Autorin Gudrun Giese haben bei der Recherche zum „Schwarzbuch – Lidl“ mit über hundert Beschäftigten Gespräche geführt und Informationen erhalten. Besonders auffällig ist das Klima der Angst bei Lidl, das von den vorgesetzten Verkaufsleitern geschürt wird. Weitaus mehr als in anderen Unternehmen ist Angst zentrales Instrument der Personalführung. Weitere Punkte die Ver.di anführt sind: Bespitzelung, Arbeitshetze, gnadenloser Leistungsdruck, unbezahlte Mehrarbeit, Verhinderung von Betriebsräten. **Über die Zustände in Lidl Filialen im Hochtaunus recherchieren wir zur Zeit. Das Schwarzbuch Lidl ist bei der Gewerkschaft Ver.di erhältlich.**



Wirtschaft und Bundesregierung feiern ihren „Ausbildungspakt“. Dieser verhilft den Unternehmern zu billigen Arbeitskräften und schickt 100.000 Jugendliche jährlich in die Arbeitslosigkeit. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) hat am LLL Wochenende 2005 die Kampagne Ausbilden statt Ausbeuten (AsA) gestartet.

Ihr setzt dem Ausbildungspakt ein Berufsausbildungsgesetz entgegen. Was sind eure Forderungen?

„Wir fordern ein auswahlfähiges Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen im dualen System, das durch die Unternehmer zu decken ist. Wer seine Quote von zehn Prozent der Beschäftigten nicht erfüllt, muss eine Strafe zahlen, die weh tut. Ausbildungsvergütungen sollen ein unabhängiges Leben ermöglichen und die unbefristete Übernahme im erlernten Beruf muß garantiert sein. Das entscheidende Wort bei der Festlegung der Ausbildungsrahmenpläne muß den Auszubildenden, Ausbildern und Gewerkschaften gehören.“ **Meinst du, dass das die Konzerne mitmachen werden?**

„Wir haben nicht die Illusion, dass unser Berufsausbildungsgesetz ins Gesetzgebungsverfahren einfließen wird. Ziel ist es, dem verlogenen Ausbildungspakt etwas entgegenzusetzen. Voraussetzung für die

Verwirklichung unserer Forderung ist die Vollbeschäftigung. Das wiederum würde Arbeitszeitverkürzung und andere einschneidende Maßnahmen zu Lasten des Großkapitals nötig machen. Ob sich diese Forderungen durchsetzen lassen, hängt davon ab, ob der „innere Frieden“ den Herrschenden irgendwann einmal so ein Zugeständnis wert ist. Wenn nicht, stellt sich zwangsläufig die Systemfrage.“

Was passiert neben dem Unterschriftensammeln während der Kampagne?

„Mit Aktionen, Anhörungen und Tribunalen wollen wir örtlich die Situation der Bewerber und Auszubildenden ermitteln und darüber informieren. Wir werden dann den Unternehmen in den Städten auf die Pelle rücken und sie schließlich vor ein bundesweites Tribunal zerren. Dort werden wir über das Schicksal der Lehrstellenkiller und Azubi-Ausbeuter richten.“

Mehr Infos zur Kampagne und auch zur SDAJ im allgemeinen, bekommt ihr unter:

www.sdaj-online.de

e-mail: info@sdaj-online.de

SDAJ Bundesvorstand

Hoffnungstr. 18, 45127 Essen oder

SDAJ Hochtaunus Postfach 13, 61371 Friedrichsdorf.

Widerstand 2004



Im folgenden eine bei weitem unvollständige Zusammenstellung von Protesten im Jahr 2004.

9. Januar: Beginn des bis heute andauernden Streiks bei den Herweg Bus Betrieben Leverkusen.

3. April: Mehr als 500.000 Menschen beteiligen sich an Demonstrationen gegen Sozialabbau in Berlin, Köln und Stuttgart.

16. April: Bei der VW-Tochter Seat haben 15.000 Beschäftigte für einen neuen Tarifvertrag gestreikt. Die Antwort von SEAT war die Ankündigung, 415 Beschäftigte zu entlassen.

02. Mai: Siemens-Kollegen in Kirchheim kämpfen gegen Konzernwillkür

15. Mai: 20.000 Rentner in Berlin gehen gegen die Sozialpolitik der Regierung auf die Straße

18. Juni: 25.000 Siemens Beschäftigte protestieren gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnraub.

6. Juli: in Kassel demonstrieren 1500 Auszubildende und Schüler gegen die Ausbildungsmisere

09. Juli: über 20.000 Beschäftigte in den Werken Sindelfingen, Stuttgart-Untertürkheim, Mannheim und Bremen die Arbeit bis zu einer Stunde lang niedergelegt.

10. Juli: 12.000 Arbeiter streiken bei DaimlerChrysler Sindelfingen

15. Juli: DaimlerChrysler Aktionstag 100.000 Streiken.

26. Juli: Beginn der Montagsdemonstrationen gegen Sozialabbau. Auf deren Höhepunkt im September gehen in 250 Städten 150.000 auf die Straße.

2. Oktober: In Berlin demonstrieren ohne Aufruf der Gewerkschaften 70.000 gegen Hartz IV.

14. – 20. Oktober: Informationsveranstaltungen bei Opel Bochum. Jeder Kollege lässt sich während der Arbeitszeit über die Schweinereien der Konzernleitung informieren. Währenddessen kann er natürlich nicht arbeiten.

2. November: 46.000 Arbeiter beteiligen sich an Warnstreiks bei VW.

6. November: In Nürnberg demonstrieren 10.000 gegen Hartz IV.

Hartz IV und die Folgen

Deutschland 2005: Mit Hartz IV geht es ans Eingemachte. Die mit der Agenda 2010 durch die Schröder Regierung vorgeschriebenen Kürzungen bei Renten-, und Gesundheitsversicherungen reißen immer tiefere Löcher in die Geldbörsen der Arbeiterklasse. Noch heftiger als der Stellenabbau fällt der Ausbildungsplatzabbau aus: Über 30.000 Ausbildungsplätze fehlen offiziell, real sind es weit über 100.000 (Siehe auch Artikel „Ausbilden statt Ausbeuten auf Seite 2).

Auch im „reichen“ Hochtaunus sind über 6.000 Personen von Hartz IV betroffen. Gegen diesen Raubzug der Regierung im Auftrag der deutschen Industrie muss endlich etwas getan werden. Kommen wir zum Punkt „Ein Euro Jobs“. Die Praxis der „Ein

Euro Jobs“ vernichtet reguläre Arbeitsplätze. Im Hochtaunus sind nach Angaben der IG BAU vor allem Arbeitsplätze in der Gebäudereinigung, der Gartenpflege und der Gebäudesanierung bedroht. Zwar müssen „Ein Euro Jobs“ gemeinnützig sein, diese Regelung ist aber mehr als schwammig. So können Grünpflege an öffentlichen Gebäuden oder Renovierungsarbeiten in Altenheimen als gemeinnützig deklariert werden. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die Arbeit bei Opel Rüsselsheim, MAN Roland Offenbach oder Rühl Friedrichsdorf auch als gemeinnützig deklariert werden kann. Und dann ist es nicht mehr weit bis zum Traum der deutschen Industrie. Die Rückkehr des Manchester Kapitalismus. Wir sagen: „**Macht den Unternehmern Dampf. Klassenkampf!**“

Kommunisten im Taunus

Als Reaktion auf den Artikel „Zeit zum Widerstand, nicht ohne Kommunisten“ haben wir uns entschlossen, in den nächsten Ausgaben des Taunus Echo Kommunisten aus dem Taunus vorzustellen.

Wir wollen Kommunisten und Kommunistinnen ans Licht der Öffentlichkeit bringen, deren Verdienste unter den Teppich gekehrt oder gänzlich verschwiegen wurden. Wer kennt z.B. Konrad Riedel, Georg Knecht und Paul Grünewald. Ab der nächsten Ausgabe werden wir damit beginnen, den kommunistischen Widerstand und die Arbeit der Kommunisten im Taunus zu Do-

kumentieren, ihr Leben darzustellen und damit zu zeigen, dass der Widerstand 1933 bis 1945 auch im Taunus hauptsächlich von der Kommunistischen Partei und dem Kommunistischen Jugendverband getragen wurde.



Mehr Kommunisten braucht das Land!



Ich möchte:

- Informationen über die DKP.
 - die „U Z“ Wochenzeitung der DKP kennenlernen.
 - Mitglied der DKP werden.
 - meine Ruhe.
- Name

Adresse

**Und ab an: DKP Hochtaunus
Postfach 1344
61283 Bad Homburg**

Historisches

21.02.1961 Die BRD-Regierung erklärt erneut, dass die revanchistische Forderung nach Wiederherstellung eines „Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937“ offizieller Bestandteil ihrer Staatspolitik ist.

23.02.1918 Gründungstag der Roten Armee

24.02.1848 Das „Manifest der Kommunistischen Partei“, verfasst von Marx und Engels, erscheint in London in deutscher Sprache.

27.02.1933 Reichstagsbrand, eine Nazi-provokation. Die KPD wird als Urheber verleumdet.

02. - 06.03.1919 Gründung der Kommunistischen Internationale in Moskau (RSFSR).

05.03.1871 Rosa Luxemburg in Zamosc (Polen) geboren.

08.03.1911 Erster Internationaler Frauentag

13.03.1920 Beginn des Kapp-Putsches. Der Putsch wird von den Arbeiter-

organisationen abgewehrt - vor allem durch einen Generalstreik und bewaffnete Arbeiter wie die „Rote Ruhrarmee“.

14.03.1883 Karl Marx, Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, in London (England) gestorben.

29.03.1826 Wilhelm Liebknecht in Gießen geboren.



Aktionen und Termine:

Sonntag 30. Januar DKP Kreisvorstandstreffen Friedrichsdorf

Sonntag 30. Januar „Bündnis 8. Mai Tag der Befreiung“ Vorbereitungstreffen in Köppern

Montag 7. Februar DKP Bildungsabend „Neofaschismus“ Bürgerhaus Köppern

Samstag und Sonntag 12. auf 13. Februar 17. Parteitag der DKP Duisburg Rheinhausen

Sonntag 27. Februar DKP Kreisvorstandstreffen Friedrichsdorf

Montag 7. März DKP Bildungsabend „Frauenpolitik“ Bürgerhaus Köppern (Änderung möglich)

Dienstag 8. März Internationaler Frauentag. Aktion bei TOOM Friedrichsdorf

Sonntag 27. März DKP Kreisvorstandstreffen Friedrichsdorf

Über Ort und Zeitpunkt kann man sich mittwochs zwischen 18.00 Uhr und 20.00 Uhr unter 06175/940302 informieren lassen.

Afghanistan

In der Hauptstadt Afghanistans ist der Beobachter, der sie aus alter Zeit kennt, schockiert.

Kabul ist eine dreckige, stinkige, laute und von Staub und Rauch bedeckte Stadt, aber zum größten Teil nur ein Trümmerhaufen neben einem Militärcamp. Viele Viertel Kabuls, aber auch die Hauptstraße „**Djade Maiwand**“, die in ost-westlicher Richtung die Altstadt durchtrennt, und ehemals mit Laternen versehen und von Akazien – Bäu-



Ein Grund für den Krieg in Afghanistan. Erdölpipelines

men gesäumt war, liegen immer noch in Trümmern. Am Rande dieser einstigen Prachtstraße, vor den von den Islamisten 1992 bis 1996 zerbombten Häusern, bieten fliegende Händler mit kleinen Wägelchen und solche in selbst errichteten Hütten ihre Ware an. Sie werden regelmäßig von Polizisten „besucht“, die von ihnen Provision kassieren, ansonsten vertreibt man sie. Im Stadtteil **Schahre Nau**, ist ein kitschiges Chinarestaurant entstanden. Das Restaurant, das kaum verholen ein Puff ist, dient auch als Begegnungsstätte von Angehörigen der ISAF/NATO (**mit großer deutscher Beteiligung**) mit Einheimischen. Die Sicherheitslage im ganzen Land, kann man in dem Satz zusammenfassen: Niemand ist sicher! Weder Leben noch Gut. **Jeden Tag und jede Nacht werden in und um Kabul Menschen terrorisiert, entführt und umgebracht.**

Neues aus den Kolonien

Pristina: Neuer „Ministerpräsident“ des Kosovo ist der UCK Terrorist Ramush Haradinaj. So sieht die Demokratisierung des Balkan unter deutscher Vorherrschaft aus. Gewählte Staatsoberhäupter werden gestürzt und nach Den Haag verschleppt, Terroristen und „normale“ Kleinkriminelle werden in Regierungsämter gehoben.

Freiheit für Milosevic

Das Haager „Tribunal“ will Slobodan Milosevic endgültig zum Schweigen bringen.

Das wagten nicht mal die Nazis bei Dimitroff, das Batista Regime bei Castro oder die Apartheid Rassisten bei Mandela. Gegen diesen Rechtsbruch muss die Verteidigungsarbeit intensiviert werden. Spenden sind mehr als nötig. Infos über die gemeinnützige Spendenkampagne gibt es unter: www.free-slobo.de. Spenden bitte an VIS Rechtshilfefonds Peter Betscher, Stadt und Kreissparkasse Darmstadt, Konto 10 21 44 163 Bankleitzahl 508 50 150.

Kommentar

Über Afghanistan hört und liest man relativ wenig. Warum sollte man auch größer über ein Land berichten, das von der ISAF/NATO besetzt ist wobei Deutschland kräftig mit mischt, das eine „frei gewählte Regierung“ hat, wenn auch davon zwei Drittel entweder Warlords oder Drogenbarone sind.

Es ist halt ein Land das Hilfe benötigte und diese Hilfe jetzt auch bekommen hat. Bombe für Bombe, Schuss für Schuss. Der deutsche Imperialismus ist neben dem US amerikanischen Imperialismus der aggressivste Imperialismus, den wir zur Zeit weltweit haben. Wie viele zerfetzte, verstümmelte, ermordete und gefoltete Menschen den Weg des deutschen Imperialismus zur Sicherung der Rohstoffquellen und Absatzmärkte seit der Konterrevolution in den ehemaligen sozialistischen Staaten Europas und der Sowjetunion pflastern, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall sind es viele. Dummheit ist die beste Möglichkeit Menschen in den



Krieg zu schicken. Denn wer dumm ist bzw. dumm gehalten wird, der fragt nicht viel, der

schießt auf alles und jeden. Man muss es ihm nur befehlen. So ist auch die Aussage des SPD Bundestagsabgeordneten Andreas Weigel zu verstehen, er ließ verlauten: „Am Hindukusch fragt niemand nach dem Abiturzeugnis.“ So sieht es aus.

Hessische Verfassung umsetzen nicht abschaffen

Vor allem die geplanten Änderungen im Verfassungsabschnitt „Soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten“ haben uns wieder veranlasst, uns mit der fortschrittlichsten Verfassung der BRD zu befassen.

Konkret geht es um die geplante Änderung des Artikels 29, der ein einheitliches Arbeitsrecht für Arbeiter, Angestellte und Beamte verlangt und in dem die Ausspernung verboten ist. Das Gebot des einheitlichen Arbeitsrechts soll durch einen Passus ersetzt werden, der neben flächendeckenden Tarifverträgen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen auch betriebliche Vereinbarungen zulässt. Bislang sind Änderungen der Landesverfassung nur gültig, wenn sie vom Volk mehrheitlich gebilligt werden. CDU, FDP und Grüne wol-

len den Landtag ermächtigen, die Verfassung auch ohne Zustimmung der Bürger zu ändern. Dies hätte zur Folge, dass die hessische Verfassung innerhalb kürzester Zeit zu einem EU Verfassung tauglichen Stück Abfall gemacht werden könnte. Denn momentan ist sie mit diesem Wisch nicht konform. Man könnte sogar sagen, die hessische Verfassung ist EU Verfassungswidrig. Der Grünen-Abgeordnete Jürgens hat in einem Brief die meisten Änderungsvorschläge verteidigt. Der Flächen-tarifvertrag könne wegen des Vorrangs der Bundesgesetzgebung auch durch „die denkbar beste Formulierung“ in der Landesverfassung nicht geschützt werden. Überdies sei es gelungen, den sozialen Charakter der Verfassung zu erhalten: etwa das Recht auf würdige Arbeitsbedingun-

gen, Mutterschutz, Erhalt des 1. Mai als Feiertag und ähnliches. Na wenn das nichts ist. Mutterschutz, würdige Arbeitsbedingungen, der 1. Mai als Feiertag, wenn es nach



den Schwätzern in Wießbaden geht, ist auch das alles bald Schnee von gestern. Ach ja, Schnee braucht man auch zum Skifahren. Allem Anschein nach hat der brutalst mögliche

Aufklärer und Ministerpräsident in seinem Urlaub den brutalst möglichen Skifahrer getroffen, bzw. andersrum. Ja zur hessischen Verfassung, nein zur Verfassung der EU!

Die DKP Hochtaunus ist auch telefonisch zu erreichen. Und zwar mittwochs von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr unter 06175/940302

Kultur



Auf, auf zum Kampf

Auf, auf zum Kampf, zum Kampf!
 Zum Kampf sind wir geboren.
 Auf, auf zum Kampf, zum Kampf!
 Zum Kampf sind wir bereit!
 Dem Karl Liebknecht haben wir's
 geschworen,
 der Rosa Luxemburg reichen wir
 die Hand.
 Dem Karl Liebknecht haben wir's
 geschworen,
 der Rosa Luxemburg reichen wir
 die Hand.

Wir fürchten nicht, ja nicht
 den Donner der Kanonen.
 Wir fürchten nicht, ja nicht
 die grüne Polizei
 Den Karl Liebknecht haben
 wir verloren,
 die Rosa Luxemburg fiel durch
 Mörderhand.
 Den Karl Liebknecht haben
 wir verloren,
 die Rosa Luxemburg fiel durch
 Mörderhand.

Es steht ein Mann, ein Mann,
 so fest wie eine Eiche,
 er hat gewiß, gewiß
 schon manchen Sturm erlebt.
 Vielleicht ist er, schon morgen
 eine Leiche,
 wie es so vielen Freiheitskämpfern geht.
 Vielleicht ist er, schon morgen
 eine Leiche,
 wie es so vielen Freiheitskämpfern geht.

Deutsches Arbeiterkampflied (1919)



LLL Wochenende in Berlin Zehntausende ehrten Karl und Rosa

Rund 80.000 beteiligten sich auch in diesem Jahr in Berlin am traditionellen Gedenken an die vor 86 Jahren ermordeten Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Teil der Ehrung war ein großer Demonstrationzug, der vom Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde zog. Während dieses Demonstrationzuges, an dem sich u.a. Antifa Gruppen, die SDAJ, die DKP und andere Organisationen beteiligten, kam es nachdem sich die „Staatsmacht“ in den letzten zwei Jahren sehr zurückhielt, mehrfach zu Übergriffen der Polizei auf die Demonstration. Bei den brutalen Übergriffen, durch die es jedoch nicht gelang, die geschlossene Demo zu sprengen, wurden mehrere Demonstranten verletzt. In den bürgerlichen



Medien wurde die Berichterstattung (auch schon traditionell) auf die Kranzniederlegung durch die PDS Parteispitze reduziert. Dabei verschweigen die bürgerlichen Medien das breite, praktisch die gesamte Linke umfassende Spektrum. Auch internationale Gäste konnten wieder begrüßt werden, so aus Dänemark, Schweden, Großbritannien, Polen, Österreich, Russland, Tschechien und unzählige in der BRD lebende Immigranten. Auch die DKP und SDAJ Hessen haben wie in den vergangenen Jahren wieder einen Bus nach Berlin organisiert. Zum 87. Jahrestag der Ermordung werden wir auch wieder einen Bus organisieren. Infos und Bilder unter: www.ll-demo.de



Ruhrcamp 2005 Anton Makarenko



A.S. Makarenko

Im letzten Sommer fand zum zweiten mal das Ruhr-camp statt. Auch im Sommer 2005 findet das Bildungscamp Anton Makarenko so der neue Name in Essen Werden statt.

Auf dem Lehrplan steht in diesem Jahr wie im Vorjahr „Vom Knüppel zur automatischen Fabrik“ von Jürgen Kuczinsky sowie „Lohn, Preis, Profit“ und „Lohnarbeit und Kapital“. In diesem Jahr kommt als drittes Wochenseminar noch die Territorialstrategien des deutschen Imperialismus hinzu. Diese Wochenseminare finden von ca.10.00 Uhr bis ca. 13.00 Uhr statt. Referate mit anschließender Diskussion wird es am Abend auch wieder geben. Darunter (Änderungen möglich): Verbindungen zwischen Sport und Politik, Widerstand im Faschis-

mus, Thesen zu Rassismus und Kapital, Globalisierung, trotzkistische Strömungen in Deutschland, die hessische Landesverfassung. Ab diesem Jahr wird auch ein Schach-, ein Zeichen- und ein Liederzirkel angeboten. Natürlich wird am Abend wie in den letzten Jahren auch gefeiert. Denn wer gemeinsam kämpft soll auch gemeinsam Spass haben. Der Preis staffelt sich in sechs Stufen, 1. Sozialpreis sieben Tage 50 Euro, 2. Normalpreis sieben Tage 100 Euro, 3. Solipreis sieben Tage 150 Euro 4. Sozialpreis zehn Tage 75 Euro, 5. Normalpreis zehn Tage 150 Euro und 6. Solipreis zehn Tage 200 Euro.



Bezirks Delegierten Konferenz 2004



Im Bericht des wiedergewählten Bezirksvorsitzenden Michael Beltz waren Lohn- und Sozialraub der Herrschenden ein großer Schwerpunkt, wo es in diesem Zusammenhang hieß: „Der deutsche Imperialismus schöpft die materiellen Werte ab mit dem Ziel der Expansion, mit dem Ziel der Sicherung von Rohstoffen, bis an den Hindukusch...So stellt sich der Weg zur Agenda 2010 mit Hartz-Steinen gepflastert dar:

Bis 2010 soll alles abgeschlossen sein. Hier zeigt sich der Sinn der „Agenda 2010“: Rüstung und Sozialabbau. Deutsch-Europa will eine weltweite Führungsrolle: mit einer (von Steuern und Lohnkosten befreiten) starken Wirtschaft und mit einer starken militärischen Potenz. Nach ihrem eigenen Anspruch will „die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden“. Mit anderen Worten: Die EU will Weltmacht Nr. 1 werden. Die Auswirkungen von Kochs Sparprogramm und

Hartz-Maßnahmen in den Kommunen spielte ebenso eine Rolle wie die verheerende Schulpolitik in Hessen. Mit Blick auf künftige Kommunal- bzw. Landtagswahlen wurde einmütig als Voraussetzung der außerparlamentarische Kampf gesehen: also die DKP in Aktion. Ein Antrag zur Unterstützung der SDAJ, zur Vorbereitung der Weltjugendfestspiele wurde einstimmig angenommen. „Wir sind klein, aber wir haben gute Waffen: Den wissenschaftlichen Marxismus, Kampfbereitschaft, die internationale Solidarität und auf unserem schwierigen Weg ein lohnendes Ziel: den Sozialismus/Kommunismus,“ so hieß es am Ende des Berichts.



Vorwärts zum 17. Parteitag

Eine Frage an den jüngsten Delegierten der BDK.

TE: P. Für dich war es die erste BDK, was waren deine Eindrücke?

P: Die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP ende vergangenen Jahres empfand ich vor allem als einen bunten Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Genossinnen und Genossen aller Altersklassen und Berufe. So erzählten Schüler, Studenten, Arbeiter, Angestellte und Rentner über ihre Erfahrungen und Erlebnisse seit der letzten BDK, berichteten über Geschehnisse und Aktionen vor Ort und diskutierten natürlich nicht zuletzt über aktuelle politische Geschehnisse, wobei dabei vor allem anhaltende Konflikt im Irak die größte Rolle einnahm. Es wurden aber natürlich auch neue Beschlüsse gefasst und von den Delegierten abgesegnet, die vor allem – was mich besonders freute – die Jugendarbeit betrafen. Gerade im Zusammenhang damit, dass ich für die der DKP nahestehende SDAJ im Landesarbeitsausschuss sitze und von dort auch noch zwei weitere Genossen vertreten waren, konnten wir uns als jüngste Delegierte lebhaft an den Diskussionen beteiligen und unsere Unterstützung für Beschlüsse, wie zum Beispiel eine verstärkte Unterstützung der Arbeit der SDAJ durch

die Partei, bekräftigen. Insgesamt war es in meinen Augen ein durchaus erfolgreicher Tag, da man wie sonst nie die Möglichkeit hatte, Erfahrungen aus der Gruppenarbeit auszutauschen, ebenso wie Meinungen zum aktuellen politischen Geschehen und wieder einmal zu sehen, dass die Linke eben immer

noch aktiv ist, wo die Menschen Probleme haben, wo sich „Fehler“ des Systems bemerkbar machen, wo Rassismus und Intoleranz auf dem Vormarsch sind, ganz egal wie alt die Genossinnen und Genossen auch sein mögen. In diesem Sinne: Hasta la victoria siempre, venceremos!
P. 17 Jahre Hochtaunus



Leserbrief & Antwort

Liebe Genossen, könnt Ihr uns mit einem Artikel unterstützen damit wir die Jugendbücherei Gera, die bis jetzt in einem kleinen Raum untergebracht ist, bald in einem neuen, größeren Raum neu eröffnen können.

Ihr würdet uns sehr helfen denn es fehlt noch an allen Ecken und das Geld reicht natürlich auch nicht. Wir hoffen Ihr könnt uns helfen. Wir würden auch gern ein Probeexemplar eurer Zeitung bei uns auslegen, aber da an dem neuen Raum noch kein Briefkasten ist geht das zur Zeit noch nicht. Aber wir werden uns später mit dieser Bitte noch einmal an euch wenden. Die Jugendbücherei Gera.

Liebe Genossinnen und Genossen, natürlich unterstützen wir euch auch in dieser Sache gern.

Wenn es etwas neues gibt, schreib es uns und wir werden versuchen es zu veröffentlichen. **Uns fehlt z.B. die Kontonummer und Bankleitzahl für ein Spendenkonto für die Jugendbücherei.**

Mit kommunistischen Grüßen
Die Redaktion

Jugendarbeit einmal anders

Antifaschistische, antikapitalistischen Jugendliche haben in Gera eine Jugendbibliothek gegründet, die sich zu einem politischen Zentrum in Thüringen entwickeln soll.

In der auch als Lesekaffee und Veranstaltungsraum nutzbaren Bücherei sollen zukünftig, neben einem guten und vielseitigen Buchangebot, auch Vorträge und Lesungen stattfinden. Damit dieses Ziel schnell verwirklicht werden kann werden noch Regale, Tische und Stühle benötigt. Natürlich ist auch jedes gespendete Buch herzlich willkommen, welche die Auswahl an Klassikern, Geschichtsliteratur, sozialistische Belletristik oder aktuellen und geschichtlichen Texten vervollständigen. Auch Geld wird benötigt, um das Projekt umzusetzen. Die Jugendbücherei ist zu erreichen unter buch-gera@freenet.de.





Leser-Aktion 2004/2005

Die UZ muss Wochenzeitung bleiben!

Statt 40-Stunden-Woche, 4 Wochen UZ Probelesen!

„Nach Siemens streben offensichtlich auch DaimlerChrysler, Continental, der Tourismus-Konzern Thomas Cook und die Deutsche Bahn Mehrarbeit ohne entsprechenden Lohnausgleich an“, schreibt die „Welt am Sonntag“ am 27. Juni. Nach ihren Informationen haben über 100 Unternehmen konkrete Pläne zur Ausweitung der Arbeitszeit. Dabei geht es keineswegs um mehr Arbeitsplätze. Mehrarbeit ohne Lohnausgleich = mehr Ausbeutung. Das konnte man seit langem in der UZ lesen, die als eine der ganz wenigen

bundesdeutschen Zeitungen konsequent an der Seite aller steht, die für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit kämpfen. Damit der Siemens-Abschluss kein gigantischer Dammbbruch wird:

**Statt 40-Stunden-Woche -
4 Wochen UZ Probelesen
Kostenlos! Jetzt!**

**CommPress-Verlag, Hoffnungstrasse
18, 45127 Essen.**

Name

Adresse

Das Taunus Echo kostet! Jeder Cent zählt!

Spendenkonto der DKP
Hochtaunus:

**Kto. Nr. 1141 47 - 462
BLZ: 440 100 46 bei der
Postbank Dortmund**

**Übrigens, Spenden an
die DKP
sind von der Steuer ab-
setzbar!**

Mit kommunistischen Grüßen
Die Redaktion

Übernachtung in Berlin

Du brauchst manchmal einen
Schlafplatz in Berlin? Ich habe
einen für dich und deine Freun-
de (bis 5 Personen).

Preise pro Nacht:

1 Pers. 20,- ; 2 Pers. 40,- ;
3 Pers. 50,- ; 4 Pers. 60,-;
5 Pers. 70,- Euro.

Tel. : 030 – 7859854,
E-Mail: iris.rudolph@gmx.de

von der Redaktion empfohlen!

14. UZ Pressefest 2005



Der Button zum Fest die 5,-
Euro dienen zur Vorfinanzie-
rung. Das Fest selbst kostet
keinen Eintritt. Er kann bei
jeder DKP Gruppe erworben
werden.

**8. März 2005
Internationaler Frauentag
Die DKP Hochtaunus ver-
teilt wieder rote Nelken vor
TOOM
Friedrichsdorf
Ab ca. 15.00 Uhr**

Nachhilfe

Biete Nachhilfe in Geschichte,
Erdkunde und Politik. Klassen
7 - 13, sowohl nach Lehrbuch
als auch Klassenbewusst.
Anfragen an die Redaktion.
Kennwort Nachhilfe.

Redaktion Taunus Echo Postfach
1344, 61283 Bad Homburg

VOM KNÜPPEL ZUR AUTOMATISCHEN FABRIK

Von Jürgen Kuczynski
Verlag und Vertrieb: Verlag zur För-
derung der wissenschaftlichen
Weltanschauung, Tulbeckstraße 4,
80339 München
ISBN 3-00-013521-9

Informationen aus erster
Hand!

RED★GLOBE

Neues aus der BRD
und dem Rest der
Welt.

www.REDGLOBE.de

aktuell und
revolutionär



Kommunistische
Arbeiterzeitung
Nummer 310

Zu Beziehen über:
KAZ Redaktion, Reichstraße 8,
90408 Nürnberg
Preis 1,- Euro



Autonomes JuZ Köppern

...muss bleiben, Geld ist genug da!

Das autonome JuZ Köppern soll umziehen, aber nicht wie ursprünglich geplant in den Kindergarten Teichmühle, nein erster Stadtrat Günther Bastian (SPD) und Konsorten haben sich mal eben wie für Sozialdemokraten üblich kurzentschlossen umentschieden und schlagen vor „die Autonomen“ nach Burgholzhausen in das dortige Juz zu verfrachten.

Zuvor war von einem Umzug in den Kindergarten Teichmühle die Rede und schon bei diesem Vorschlag hagelte es Kritik von allen Seiten. Keine der Gruppen möchte Umziehen. Alle aus dem Kindergarten wollen im Kindergarten bleiben, alle aus dem

Hort im Hort und die Jugendlichen wollen (wie sollte es auch anders sein) im JuZ bleiben. Vor allem die Eltern der Kindergartenkinder und der Hortkinder sehen die Konzepte dieser beiden Einrichtungen gefährdet. Aber auch die Arbeit der Jugendlichen, die das JuZ seit einem Jahr in eigener Regie führen, kann in Burgholzhausen nicht fortgesetzt werden. Die große Umstrukturierung in Köppern ist laut Aussage des Ausschusses auf die geringe Nachfrage von Hortplätzen zurück zu führen, da dort in den letzten Jahren immer weniger Kinder angemeldet wurden. „Tendenz sinkend“, prophezeit Bastian. Ohne Rücksicht auf über 600 gesammelter Unterschriften

allein aus Friedrichsdorf sowie weit über 200 Unterschriften die von außerhalb Friedrichsdorfs zum Erhalt des Status quo gegeben wurden, fällt der Jugend und Sozial Ausschuss am 1. Dezember seine Entscheidung, dass der Ringtausch zum einen und die Verlagerung des selbstverwalteten Jugendzentrums nach Burgholzhausen stattfinden soll. Auf die Frage, ob man die Entscheidung nicht um ein Jahr verschieben wolle, kam aus der SPD und Grünen Ecke der vor Angst erfüllte Einwand „dann fällt die Entscheidung in den Wahlkampf“. Ob diese Entscheidung so ganz ohne Protest seitens der jugendlichen Selbstverwalter samt ihres Anhangs und Nachwuchses so einfach hingenommen wird, können sich die mit anscheinend seherischen Fähigkeiten ausgestatteten Ausschussmitglieder aber auch die übrigen Stadtverordneten selber ausmalen. Die DKP unterstützt die Jugendlichen als noch außerparlamentarische Opposition. Sowohl jetzt, als auch im von SPD / Grüne gefürchteten Wahlkampf und nach der Neuwahl des Stadtparlaments im Frühjahr 2006. Auch wir meinen: „AUTONOMES JUZ KÖPPERN BLEIBT! JETZT ERST RECHT!“ **Eins steht fest. Mit uns ist diese jugendfeindliche Politik, wie sie die Stadt Friedrichsdorf betreibt, nicht zu machen.** Es gab den Vorschlag von Seiten der Kindergarten Eltern, einen Bürgerentscheid durchzuführen. Rund 2000 Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten Friedrichsdorfern müssen gesammelt werden, ein Problem stellt das Finanzierungsmodell da. So schön es auch ist, es wird gefordert die 70.000 Euro, die die Stadt sparen will, durch die Abschaffung des Hauptamtlichen ersten Stadtrats zu finanzieren. **Nach dem alten Motto: Bastian in die Produktion.**



Solidarität mit Falko

Am 10.11.2004 wurde eine Gruppe von Antifaschisten auf der Donnersberger Brücke in München nach einer angeblichen Auseinandersetzung mit Faschisten wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch festgenommen.

Darunter befand sich der Sprecher der SDAJ Bayern (Sozialistische deutsche Arbeiterjugend) Falko (wir berichteten). Die Genossinnen und Genossen wurden für 20 Stunden festgehalten, es kam zu Hausdurchsuchungen, zu Blutentnahmen und DNA-Analysen und es wurden Schuhe, Kleidungsstücke sowie PCs und Datenträger beschlagnahmt. Medien und Polizei versuchen jetzt einen organisierten Überfall zu konstruieren. Für die laufenden Ver-

fahren benötigen die Betroffenen eure Solidarität! Deswegen spendet auf folgendes Konto unter dem Stichwort Donnersberger Brücke. Rote Hilfe e.V. OG München „Donnersberger Brücke“ Kto 220 16 803 BLZ 700 100 80 Postbank München



DKP im Internet

www.DKP.de
www.DKP-Hessen.de
www.DKP-Hochtaunus.net
 E-mail an uns:
DKPHochtaunus@aol.com

V.i.s.d.P. Thomas Knecht
 Postfach 1344,
 61283 Bad Homburg
 Auflage 2000 Eigendruck i.S.
 Redaktionsschluss für das
 nächste Taunus Echo ist der
 11. März 2005